

Konrad Clewing

Das Südost-Institut – zu Geschichte und Funktionen einer spezialisierten außeruniversitären Einrichtung

Das Südost-Institut, das getragen wird von der quasi deckungsgleichen öffentlich-rechtlichen „Stiftung für wissenschaftliche Südosteuropaforschung“, ist eine alte und zentrale Einrichtung der deutschen und internationalen Südosteuropaforschung zu Geschichte und Gegenwart. Im Gefolge der diversen Krisenereignisse im Untersuchungsraum und angesichts seiner mühevollen Einbeziehung in die europäische Integration genießen das Institut und die von ihm vertretene Regionalforschung spätestens seit den 1990er Jahren ein sehr ausgeprägtes öffentliches Interesse, auch wenn es konjunkturell schwankend ist. Die fachimmanente Relevanz der „Südosteuropäischen Geschichte“ könnte man indessen gewiss unterschiedlich beurteilen; schließlich hängt ihre Einschätzung ganz wesentlich von der individuellen Neigung und Bereitschaft zur Einbeziehung nichtdeutscher Vergleichspunkte und Themen in das eigene Wirken innerhalb unseres im Kern weiterhin stark national verfassten wissenschaftlichen Faches „Geschichte“ ab.

Was das Beispiel „Südost-Institut“ mit seiner jüngsten Vergangenheit aber über einen engeren Kreis hinaus relevant erscheinen lassen kann, sind zwei Zentrumsgründungen, in die das Institut Anfang 2001 und dann wieder im Jahre 2007 involviert war. Mit Anfang 2001 wurden seine gegenwartsbezogenen Mitarbeiter ad personam von München in die transformierte politikberatende „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) nach Berlin verlagert. Und 2007 zog das Institut selbst von München nach Regensburg um. Dort hat es mit zwei zuvor ebenfalls in München ansässigen Partnerinstitutionen und mit Unterstützung der Regensburger Universität das „Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa Regensburg“ ins Leben gerufen.

Aus diesen beiden Prozessen, die ganz unterschiedlich verlaufen sind, lassen sich manche Schlüsse ziehen: Schlüsse über die Existenzbedingungen und die Existenzberechtigung hochspezialisierter außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, über mögliche Folgen von Zentrenbildungen für die beteiligten Forschungsfelder und schließlich auch hinsichtlich der laufenden Neubestimmung der Position außeruniversitärer Strukturen gegenüber den Universitäten.

Südosteuropäische Geschichte als spezialisiertes Teilfach

„Südosteuropäische Geschichte als gesonderte Disziplin“ hat Mathias Bernath 1969 in einem Vortrag beschrieben als: ein „relativ junger Wissenschaftszweig, der seine Methoden und Fragestellungen kaum erst zu reflektieren begonnen hat.“⁴¹ Die Reflexionspraxis hat seitdem um Einiges zugenommen. Dies drückt sich unter anderem in einer aktuellen Debatte unter Wortführung durch Holm Sundhaussen aus, in der die Fachvertreter darüber streiten, ob nicht der (geographisch enger zu fassende) Balkan als historische Region der eigentlich handhabbare Hilfsbegriff sei und nicht das demgegenüber nach Meinung mancher Betrachter empirisch zu wenig definierbare, weitergefasste Südosteuropa. Dieses bezieht in seiner vorherrschenden Absteckung zusätzlich zum Balkan das ganze historische Ungarn und damit das gesamte Donau-Karpatenbecken mit ein. Hier sei aber nur festgehalten, dass Südosteuropäische Geschichte an deutschsprachigen und internationalen Universitäten vorrangig als Teilbereich der Osteuropäischen Geschichte existiert. Ihre ausdrückliche Definition als vollständig gesonderte Disziplin hatte schon bei Bernath unüberschbar auch programmatischen Charakter. Denn

wenigstens mit Blick auf die Universitäten entsprach und entspricht sie nur bedingt der Realität. Dies gilt, obwohl eine gesonderte Behandlung der weiteren Region „Südosteuropa“ gegenüber „Osteuropa“ (und Ostmitteleuropa) von zumindest einem wichtigen wissenschaftsgeschichtlichen und vor allem arbeitspraktisch-pragmatisch schlagenden Argument getragen wird. Denn das vor rund einem Jahrhundert an den deutschsprachigen Universitäten entstandene Fach „Geschichte Osteuropas“ ist seit seinen Anfängen ungleichgewichtig russlandlastig. Und die ursprünglich nahezu symbiotische Beziehung dieses Faches zur slawischen Philologie, die in Vielem bis heute nachwirkt, konnte für die Behandlung der südosteuropäischen Verhältnisse nie ein Vorbild sein.

Nur ein gutes Drittel der etwa 90 Millionen Einwohner des europäischen Südostens verwendet slawische Sprachen (je nach Definition von „Eigensprache“ sind es deren dort zwischen fünf und acht). Die große, in sich wieder disparate Mehrheit hingegen wird von Sprechern einer romanischen Sprache (Rumänisch), zweier Sprachen, die zugleich für sich eigene indoeuropäische Sprachfamilien bilden (Griechisch und Albanisch) und von Sprechern des Türkischen sowie des Ungarischen gestellt. Auch ist der Raum zwischen der Slowakei und der Ägäis, zwischen Adria und der Republik Moldau territorial heute in nicht weniger als fünfzehn Staaten gegliedert. Seine gleichberechtigte Behandlung *neben* einem weiteren territorialen Gegenstand wird damit zum Ding der Unmöglichkeit, und sogar für eine spezialisierte Einrichtung wie das Südost-Institut bedeutet die vielfältige sprachliche und nationale Gliederung der Historiographien zur Region eine große Herausforderung, will sie dem expliziten Eigenanspruch einer gesamtregionalen Betrachtungsweise in Ergänzung und Abhebung gegenüber den diversen Nationalgeschichten gerecht werden.

Geschichte und Profil des Südost-Instituts

Dem Wirken des Südost-Instituts und seinen Publikationen wurde mitunter eine erhebliche Rolle bei der wissenschaftlichen Verankerung des mit historischen Argumenten geprägten Raumbegriffs Südosteuropa zugeschrieben. Wenngleich diese Zuschreibung auch von nicht gerade neutraler Warte aus erfolgt ist, spricht vieles für ihre Richtigkeit.² Als älteste bestehende Einrichtung der deutschen Ost- und Südosteuropaforschung wurde das Südost-Institut im Zeichen des Weimarer Revisionismus und bei Verfechtung der Volks- und Kulturbodenforschung unter dem Namen „Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten“ 1930 ins Leben gerufen. Die erst 1953 endgültig übernommene Bezeichnung als „Südost-Institut“ kam eventuell schon 1931 auf und hat in den Institutspublikationen bereits während der Jahre 1938–1940 den ursprünglichen Namen schrittweise verdrängt. In die Zeit des Nationalsozialismus fiel auch die Umorientierung von der deutschumszentrierten auf eine regionalkundliche Ausrichtung in zwei Schritten 1935 und 1939/40. Harmlos war diese Entwicklung weg von der Konzentration auf den süddeutsch-österreichischen Bereich erst auf die deutschen Minderheiten und dann hin zum Gesamttraum Südosteuropa damals keineswegs, erfolgte sie doch im Wechselspiel mit den geänderten Prioritäten in der deutschen Hegemonialpolitik gegenüber Südosteuropa und noch dazu ab 1940 im Rahmen des finanziellen und institutionellen Netzwerks der SS.³ Es scheint zwar übertrieben, von einer führenden Rolle der „Südostforschung“ „auf dem Gebiet der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik“ zu sprechen.⁴ Die Einschränkung gegenüber diesem Urteil ergibt sich allerdings nicht etwa anhand geringerer Veranschlagung des Engagements der leitenden Beteiligten im Sinne des Nationalsozialismus, sondern schlicht angesichts der verglichen mit Osteuropa untergeordneten Rolle, welche (das – wie oben in anderem Zusammenhang dargelegt – ja auch nicht vorrangig „slawische“) Südosteuropa in der Lebensraumkonzeption

der Nationalsozialisten spielte, wie auch angesichts des Verbündetenstatus' der größeren Teile der Region, was deutsches konzeptionelles und gewaltsames Täterwirken dort auch in den Kriegsjahren zumeist nicht im gleichen Maße zuließ wie im europäischen Osten.

Von einem Fliegerangriff im Jahr 1944 bis 1951 ruhte die Tätigkeit des auf das flache Land ausgelagerten Südost-Instituts weitgehend. Seine „Wiederingangsetzung“ in München erfolgte wesentlich mit Unterstützung von Bundesstellen, vor allem aus dem Bundeskanzleramt heraus, während die bayrischen Behörden mit Blick auf eine mögliche Verschmelzung mit dem für München geplanten (und 1953 errichteten) Osteuropa-Institut zunächst zögerten. Die 1950er Jahre waren in der Folge auch wesentlich von Auftragsarbeiten (bemerkenswerterweise nicht nur gegenwartsbezogen, sondern auch zeithistorische zu der Zeit ab 1918) für die Bundesregierung geprägt. Eine starke Kontinuität der Grundausrichtung über 1945 hinweg ist dabei in Sachen der nun unter den Bedingungen des Kalten Krieges weiter betriebenen „Gegnerforschung“ zu konstatieren, auch wenn sie als solche damals nicht mehr so deutlich formuliert wurde wie in den 1930er Jahren. Erst für die Zeit ab 1960 stellte ein heutiger Autor grundsätzlich „neue konzeptionelle wie inhaltliche Akzente in der Forschung und in der Publikationstätigkeit des Instituts“ fest.⁵

Das seitherige Wirken des Südost-Instituts zielt im historischen Bereich inhaltlich im Kern auf die Schaffung von Foren ab, auf denen sich die deutschsprachige und die internationale spezialisierte Forschung artikulieren kann, und zwar Foren, auf denen sich die meist nationszentrische Sicht aus der Region selbst mit einer großregional ausgerichteten Alternative, meist von außen betrachtet, hoffentlich produktiv zu reiben vermag und über die schließlich im Idealfall auch Kenntnisse über die geschichtlichen Verhältnisse in Südosteuropa an eine weitere (Fach-)Öffentlichkeit getragen werden, um so Grundlagen für eine nicht allein deutsch- oder westeuropazentrische Betrachtung europäischer Geschichte zu schaffen. Jenseits der inhaltlichen Ziele, und das scheint mir typisch für außeruniversitäre Einrichtungen zu sein, liegt die Funktion des Südost-Instituts in der Gewährleistung einer grundlegenden wissenschaftlichen Infrastruktur für das von ihm vertretene Teilfach, welche zugleich der Verstetigung desselben dient, und durch die erbrachten Dienstleistungen für die fachliche und interessierte Öffentlichkeit.

Das Institut betreibt zu diesem Zweck nicht nur eine umfangreiche öffentliche Bibliothek (mit derzeit ca. 150 000 bibliographischen Einheiten), sondern mit Blick auf die Historie auch die international vermutlich führende Buchreihe zur Geschichte Südosteuropas, die „Südosteuropäischen Arbeiten“ (welche seit 2007 auch für gegenwartsbezogene Titel offen stehen) und das Jahrbuch „Südost-Forschungen“, das insbesondere über seinen sehr umfangreichen Rezensionsteil dem Anspruch eines Zentralorgans gerecht zu werden sucht. So sehr dabei in der Intention ein Wandel gegenüber der „Gegnerforschung“ von einst vorliegt, so sehr gibt es aber auch Kontinuitäten in der Form: beide Hauptforen, die Südosteuropäischen Arbeiten wie die Südost-Forschungen, reichen in ihrer Tradition in die 1930er Jahre zurück. Auch ist ungeachtet der heute fehlenden hegemoniestützenden Absicht eine weitere existenzbegründende Langzeitkonstante hervorzuheben: Weder Südosteuropäische Geschichte im Allgemeinen noch das Südost-Institut im Besonderen existieren schlicht deshalb, weil sich ihr (regionalkundlicher) Gegenstand inhaltlich begründen lässt. Dies ist lediglich eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für eine mit öffentlichen Geldern getragene institutionalisierte Eigenexistenz. Hinreichend wird die Begründung erst in Koppelung mit einem gesellschaftlichen Interesse an Information über den Gegenstand ein Informationsbedarf, der sich aus dem Zusammentreffen von a priori schwacher Informiertheit im Gesamtfach wie in der Gesamtöf-

fentlichkeit mit dem Element erheblichen Konfrontiertseins von deutscher Politik und Gesellschaft mit der Untersuchungsregion ergibt. Daraus folgert ein notwendiges strukturelles Interesse des Instituts, mit entsprechenden Informationsmitteln für eine weitere (Fach-)Öffentlichkeit auch sich selbst zu präsentieren. Die in die 1970er Jahre zurückreichenden und abgeschlossenen Projekte des vierbändigen „Biographischen Lexikons zur Geschichte Südosteuropas“ und der annotierten Bibliographie „Historische Bücherkunde Südosteuropas“, das Mitwirken des Instituts an Datenbanken, das 2004 erschienene „Lexikon zur Geschichte Südosteuropas“, eine für 2009 geplante einbändige „Geschichte Südosteuropas“ und ein projektiertes vierbändiges „Handbuch zur südosteuropäischen Geschichte“ stehen für übernommene entsprechende Aufgaben, die sich ähnlich wie die Publikationsreihen als Dienstleistungen beschreiben lassen.

In früheren Eigendarstellungen und Tätigkeitsberichten wurden derlei Koordinationsaufgaben gern als „Grundlagenforschung“ tituliert. Damit wäre aber besser bezeichnet, was einzig größere Einrichtungen leisten können: nämlich großangelegte Editionsprojekte. Eine Einrichtung wie das Südost-Institut mit lediglich vier wissenschaftlichen Mitarbeitern ist zu derlei schwerlich imstande. Bei seinen genannten Aktivitäten hingegen handelt es sich zwar – wenigstens in der Absicht – um Grundlagenwerke, dabei aber, wenn man schon begriffliche Analogien zum naturwissenschaftlichen Bereich bemühen will, um angewandte Forschung, soweit diese im Bereich der Geistes- und Kulturwissenschaften möglich ist: nämlich durch die Vermittlung von Forschungsergebnissen in ein größeres Publikum hinein. Dieses Feld wird vom Südost-Institut seit 2005 etwa auch in der Mitwirkung an einem Projekt des Militärgeschichtlichen Forschungsamts bearbeitet, den „Wegweisern zur Geschichte“ der verschiedenen Auslandseinsätze der Bundeswehr, wobei hier die seitdem schon in mehreren Auflagen erschienenen Bände zu Kosovo und zu Bosnien-Herzegowina zu nennen sind.⁶

Was die Forschung im engeren Sinn durch die angestellten wissenschaftlichen Institutsmitarbeiter angeht, so ist sie zur Erfüllung der individuellen Aufgaben unbedingt wünschenswert und erforderlich, indem sie die Institutsmitarbeiter aktuelle Themen und Methoden erkennen lässt, sie zu attraktiven Ansprechpartnern für externe wissenschaftliche Mitarbeiter und Autoren macht und zur Vertretung des Instituts als wissenschaftliche Vortragende befähigt. Aktive Forschung macht insofern einen wesentlichen Teil der Fähigkeit zu guter Dienstleistung aus. Auch Drittmittelforschung ist wünschenswert und wird vom Südost-Institut derzeit zum Beispiel zum (südost-)europäischen Islam und zur Geschichte der bayerischen Regentschaft in Griechenland betrieben. Ihre Funktion für die eigene Institution liegt dabei wiederum in der Steigerung von deren Attraktivität als Partner und zur Abdeckung ausgewählter, für herausragend wichtig erachteter Forschungsthemen. Hingegen ist Drittmittelforschung — anders als Leistungen auf den Feldern „Verstetigung des Fachbereichs“ und „wissenschaftliche Dienstleistungen“ — für sich gesehen kein unterscheidendes Qualitätsmerkmal außeruniversitärer Einrichtungen im Vergleich zu den Möglichkeiten, die Professuren für das jeweilige Fach zu bieten haben. Insofern ist sie meines Erachtens auch vergleichsweise keine herausragende Kernaufgabe – das Vorhandensein des Fachbereichs an Universitäten einmal vorausgesetzt. Unter dieser Perspektive wären außeruniversitäre Einrichtungen auch gut beraten, die von ihnen gebotenen Vorzüge nicht konfrontativ, jedoch selbstbewusst zu vertreten. Die unlängst erfolgte defensive Streichung des Wortes „außeruniversitär“ im Namen der AHF will zu einem entsprechenden Gedankengang nicht recht passen. Und wäre es angesichts der Profile der Mitglieder nicht vielleicht adäquater, von einer „Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“ zu sprechen?

Zentrumsbildung 1: der Abzug der Mitarbeiterstellen der Gegenwartsabteilung zur SWP

Das Südost-Institut hat seit seinen Anfängen und unter den verschiedenen Systemen neben der Erforschung der Geschichte immer auch zur Aufgabe gehabt, gegenwartsnahe Themen zu bearbeiten und politische Entscheidungsträger zu beraten. Es war dieses Tätigkeitsfeld, das in einer eingangs genannten „Zentrumsbildung“ des Jahreswechsels 2000/2001 einen tiefen Einschnitt erlebte. Sämtliche Mitarbeiter der seit etwa 1970 bestehenden Gegenwartsabteilung des Instituts wurden damals zu Angestellten der zeitgleich von Ebenhausen (bei München) nach Berlin verlagerten „Stiftung Wissenschaft und Politik“, der zudem das vormals Kölner „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Forschung“ einverleibt wurde. Seitens des Südost-Instituts betraf dies sechs seiner zuvor neun wissenschaftlichen Mitarbeiter. Die Entwicklung erfolgte recht kurzfristig und war im Grunde allein schon deshalb überraschend, weil die Gegenwartsabteilung bis dahin vom Auswärtigen Amt finanziert worden war, während die SWP dem Bundeskanzleramt zugeordnet war und ist. Das Auswärtige Amt wurde in dem Prozess insofern geschwächt, erhob aber unter Leitung durch den Juniorpartner in der damaligen neuen rot-grünen Regierung keinen Einspruch. Insgesamt wurde, vermutlich mit gutem Grund, eine Stärkung der politikberatenden Funktionen am neuen Regierungssitz Berlin bezweckt. Mit dem konkreten Ablauf ging aber für den Forschungsbereich Südosteuropa schon von Beginn an eine Schwächung des wissenschaftlichen Profils einher, da sich die fusionierte SWP außerstande sah, die bis dahin von der Gegenwartsabteilung betreute renommierte Zeitschrift „Südosteuropa“ aufrechtzuerhalten. Aufgrund günstiger Umstände konnte sie stattdessen vom ansonsten zunächst ganz auf seinen bayerisch finanzierten Teil und damit auf die Geschichte reduzierten Südost-Institut fortgeführt werden.

Wie wichtig aber eine institutionelle Eigenständigkeit für die dauerhafte Gewährleistung spezialisierter Forschung ist, sollte sich erst im weiteren Verlauf voll erweisen. Denn von jenen sechs im Jahre 2001 verlagerten Wissenschaftlerstellen des Südost-Instituts ist an der neuen Institution heute in Gefolge von personellen Wechslen nur noch sage und schreibe eine einzige der Erforschung der Verhältnisse in Südosteuropa gewidmet. Hinter dieser Entwicklung mag eine ganze Summe an individuellen Konstellationen und konzeptionellen Zufälligkeiten stehen. Tatsache ist aber, dass durch solch ein Zusammenspiel von Faktoren ein zuvor in einer kleineren Institution geschütztes Forschungsfeld in einer nicht spezialisierten Großenrichtung binnen kurzem massiv reduziert werden konnte. Und Tatsache ist wohl auch, dass diesem Geschehen an einer zentralen Einrichtung zur Politikberatung in der Hauptstadt des vereinten Deutschland ein gerüttelt Maß an Irrationalität innewohnt angesichts des tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Engagements Deutschlands auf dem Balkan und im weiteren Südosteuropa.

Hier gilt annähernd Analoges beim Verhältnis von „osteuropäischer“ zu „südosteuropäischer“ Geschichte an den deutschen Universitäten: Für fast jede Universität mag es für sich betrachtet attraktiv sein, im Zweifelsfall eher russische als südosteuropäische Geschichte abzudecken. Aber wenn jede Universität so verführe, würde dies aufs ganze Land gerechnet den Bedürfnissen an der Pflege und an der Heranbildung spezialisierten Wissens zu beiden europäischen Teilregionen schwerlich gerecht. Daher noch einmal die Folgerung: Einzig eine gesonderte institutionelle, außeruniversitäre Organisation eines bestimmten spezialisierten wissenschaftlichen Teilbereiches vermag dessen Existenz zu verstetigen und zu sichern.

Zentrumsbildung 2: die Verlagerung nach Regensburg und neue Nähe zur Universität

Diese Bedingung ist im Zuge des erwähnten zweiten Prozesses von Zentrumsbildung in Gestalt der Verlagerung des Instituts und zweier weiterer Einrichtungen von München nach Regensburg im Jahre 2007 gegeben. Das Südost-Institut, das Institut für Ostrecht und das Osteuropa-Institut sind hier unter einem Dach untergebracht, aber rechtlich und finanziell jeweils weiter eigenständig.

Die Verlagerung erfolgte auf einen entsprechenden Beschluss des bayerischen Ministerrats vom 12. März 2002. Damit wurde zugleich ein Schlusspunkt gesetzt unter jahrzehntelange vage Projekte, die drei Institute oder wenigstens das Südost-Institut und das Osteuropa-Institut in München räumlich zu vereinen. Eine mehr inhaltlich orientierte Alternativplanung, welche im Jahre 2004 das Südost-Institut mit Unterstützung führender Landtagsabgeordneter propagierte, und in der eine Zusammenlegung in München mit anderen, südosteuropäisch ausgerichteten Partnereinrichtungen vorgesehen war, scheiterte. Aus heutiger Sicht erscheint dies wider Erwarten günstig, denn die inzwischen vollzogene räumliche Vereinigung mit verwandten, aber durch größeren thematischen Abstand nicht unmittelbar konkurrierenden Einrichtungen hat uns eine Auseinandersetzung über eine mögliche Fusion und deren Folgen erspart, zu der es bei thematisch sehr nah beieinander liegenden Partnern vermutlich mit der Zeit gekommen wäre.

Die drei verlagerten Einrichtungen wirken heute auf der Kooperationsebene des „Wissenschaftszentrums Ost- und Südosteuropa Regensburg“ zusammen, das nicht zuletzt zum faktisch gemeinsamen Betrieb einer großen Spezialbibliothek dient, die infolge der Vereinigung nun zu Geschichte, Wirtschaft, Recht und Politik des östlichen Europa international fast einzigartig dasteht. Als Kooperationspartner kommt die Universität Regensburg hinzu, die sich quer durch die Fachbereiche noch verstärkt „osteuropäisch“ profilieren will. Für das Südost-Institut ist von besonderer Bedeutung, dass die Universität einen historischen Lehrstuhl im Zuge einer laufenden Neubesetzung von einem osteuropäischen auf einen südosteuropäischen Schwerpunkt hin umgewidmet hat, so dass für das Institut ein unmittelbarer Ansprechpartner (und gleichsam „natürlicher“ Kandidat für den Direktorenposten am Institut, welcher laut neuer Satzung mit einer Professur an einer bayerischen Hochschule verbunden sein muss) an der hiesigen Universität vorhanden sein wird. Dem Zentrum insgesamt und dem Südost-Institut im Besonderen wurde von der Universität auch in ihrer Eigenschaft als Hausherrin der angemieteten Liegenschaft wesentlich entgegengekommen. Dank der Unterstützung auch durch das bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst konnte dadurch neben dem historischen auch der gegenwartsbezogene Bereich des Instituts durch eine Wissenschaftlerstelle wieder dauerhaft besetzt werden.

Ein Anlass für die Münchner Tagung der AHF über „Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor neuen Herausforderungen“ am 25. April 2008, aus der auch der vorliegende Beitrag hervorgegangen ist, war eine gewisse Besorgnis über das veränderte Gewichtsverhältnis von universitären und außeruniversitären Strukturen hinsichtlich der finanziellen Förderung aus öffentlichen Haushalten und über mögliche Folgen der Tendenz hin zu „An-Instituten“. Tatsächlich gibt es in der Makroperspektive Anlass zu Sorge und hoffentlich einmal auch zu Gegenwehr, wenn etwa Karrieremöglichkeiten in unserem Fach oder auch Forschungsstipendien einzig nach dem Strickmuster universitärer Verhältnisse gestaltet werden, wenn die Evaluierung von außeruniversitären Einrichtungen regelmäßig vorrangig, wenn nicht ausschließlich durch Universitätsangehörige erfolgt, oder wenn bei Drittmittelanträgen bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft diskriminierend zwischen universitären und außeruniversitären Antragstellern gesondert wird. Aus der Mikroperspektive des

Südost-Instituts hingegen ist angesichts der jüngsten Erfahrung vorrangig festzuhalten, dass die Tendenz zu verstärkter Nahestellung zu einer Universität wirklich auch die Möglichkeiten zu den vielfach beschworenen Synergien bietet – wenn die betreffende Universität wirkliches Interesse an Kooperation zeigt. „An-Institut“ zu sein, bedeutet solange keine Einschränkung, wie die finanzielle Unabhängigkeit und die Selbständigkeit gegenüber den häufig schwerfälligen universitären Gremien gewahrt bleibt.

Das Südost-Institut, das schon einmal eine Art An-Institut gewesen ist (nach seiner Gründung figurierte es mit dem Zusatz „bei der Universität München“), kann sich seit 2007 gegenüber der Universität Regensburg wieder als solches bezeichnen. Wie dieser recht vage Begriff in praktische Kooperation zweier eigenständiger Partner umgesetzt werden wird, wird derzeit noch vertraglich geregelt. Fest steht die Absicht des Instituts, sich durch seine Wissenschaftler institutionell geregelt (und nicht auf individueller Basis wie am früheren Standort) in die Lehre einzubringen. Auch dies ist zwar nicht a priori eine Kernaufgabe einer außeruniversitären Einrichtung, hier aber im genuinen Interesse des Instituts, das gemeinsam mit der Universität von einer Stärkung und von deren Attraktivität als Ausbildungsstätte für unseren Fachbereich profitieren wird, da es dadurch leichter geeignete externe Mitarbeiter und Autoren gewinnen kann. Nicht zuletzt diesem Ziel dient auch das gegenüber der Münchner Zeit vermehrte Auftreten als Organisator von Tagungen und sonstigen wissenschaftlichen Veranstaltungen am neuen Wirkungsort.

Um abschließend wieder zu verallgemeinern: Vor allem kleinere außeruniversitäre historische Forschungs- und Dienstleistungsrichtungen stehen für die Verstetigung und Gewährleistung der Berücksichtigung spezialisierter Arbeitsbereiche, die auf universitärem Niveau unzureichend abgedeckt, geschweige denn langfristig in ihrer Existenz gesichert werden. Der Fall des Südost-Instituts scheint mir nur insofern spezifisch, als die Südosteuropäische Geschichte explizite Züge eines gesonderten Teilfaches trägt, das mehr noch als eine „bloße“ thematische Schwerpunktsetzung eines institutionellen Gerüsts bedarf. Anders als bei großen Forschungseinrichtungen, die sich tatsächlich umfassender Grundlagenforschung vor allem durch Quelleneditionen widmen können – auch dies ein Feld, das von den universitären Einrichtungen in den seltensten Fällen adäquat beackert werden kann –, liegt die Daseinberechtigung kleinerer Einrichtungen insgesamt wohl in erster Linie darin, eine wissenschaftliche Infrastruktur und wissenschaftliche Foren bzw. Publikationsorte zu bieten, ohne welche man für hochspezialisierte Forschungsfelder weder Nachwuchs gewinnen noch in das Gesamtfach und in die Öffentlichkeit hineinwirken kann. In dieser gegenüber universitären Strukturen grundlegend verschiedenen Funktion liegt die primäre Basis ihrer Existenz.

Dr. KONRAD CLEWING, Stellvertretender Direktor des Südost-Instituts
Südost-Institut
Landshuter Str. 4
93047 Regensburg
Website: <http://www.suedost-institut.de>

Anmerkungen

- 1 Gedruckt 1973: Mathias Bernath, Südosteuropäische Geschichte als gesonderte Disziplin, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte. Werner Philipp zum 65. Geburtstag von seinen Schülern. Berlin 1973 (Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin. Historische Veröffentlichungen, Bd. 20), S. 135–144, hier S. 135.

- 2 Mathias Bernath, Das Südost-Institut tritt in sein fünftes Jahrzehnt, *Südost-Forschungen* 29 (1970), S. 1f. – Bernath war damals Leiter des Instituts.
- 3 Gerhard Seewann, Das Südost-Institut 1930–1960, in: Mathias Beer/Gerhard Seewann (Hrsg.), *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen, Inhalte, Personen*. München 2004 (Südosteuropäische Arbeiten, 119), S. 49–92, hier S. 65–73.
- 4 So Michael Fahlbusch, Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft, in: Ingo Haar/Michael Fahlbusch (Hgg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen*. München 2008, S. 688–697, hier S. 694 (mit Blick speziell auf die genannte Wiener Institution, mittelbar aber auch auf die Forschungsrichtung insgesamt).
- 5 Vgl. Seewann, S. 86, der S. 81 von der Kontinuität einer „Gegnerforschung“ durch das Institut vor und nach 1945 (bis 1960) spricht.
- 6 Beide in der jeweils neuesten Auflage auch im Volltext im Internet zugänglich unter: <http://www.mgfa.de/html/einsatzunterstuetzung/> [zuletzt 15.7.2008].